Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage

Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 28

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. Bezugspreis für die Zeit vom 15. bis 30. April: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 46 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 108. Sonntag, den 10. Mai 1925. 80. Jahrgang

Tagesschau.

Das Wahlprüfungsgericht hat die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten für gültig erklärt und den von sozialdemokratischer Seite gestellten Einspruch wegen angeblich vorgekommener Gesetzwidrigkeiten verworfen.

Im preußischen Landtag wurde der deutschnationale Mißtrauensantrag mit 222 gegen 216 Stimmen abgelehnt.

Das deutsch-französische Kaliabkommen ist am Freitag unterzeichnet worden.

Ueber die Lage an der marokkanischen Front wird gemeldet, daß beide Parteien neue Kräfte zusammenziehen. Abd el Krim versucht, in der spanischen Zone Rekruten zu werben; Pétain verfügt über 45 000 Mann.

In den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Frankreichs Gegner in Marokko.

Die Truppen Abd el Krims verfügen auch über Artillerie, Tanks und Flugzeug.

Nach Beendigung des Weltkrieges war in der französischen Presse wiederholt von den großen Diensten zu lesen, die Marokko während des Krieges Frankreich geleistet hat. Marokko hat Frankreich nicht nur durch ganz bedeutende wirtschaftliche Beihilfe (Lieferung von Schweinen, Rindern, Getreide, Wolle usw.) unterstützt, sondern es hat ihm auch das wertvollste Menschenmaterial geliefert, das sich tapfer schlug und namentlich in den Schlachten vor Ypern und Verdun viele Opfer brachte. Die Folge der Verwendung der Marokkaner im Kriege, die diesen Einblicke in die moderne Kriegführung gewährte, und die Tapferkeit und sonstige kriegerische Tüchtigkeit der Rifleute müssen der Franzosen jetzt, wo die Marokkaner die Waffen gegen ihre französischen „Protektoren" erhoben haben, am eigenen Leibe spüren.

Der „Temps" veröffentlichte gestern Donnerstag den ersten zusammenfassenden Bericht über die Kriegsoperationen in Marokko, aus dem unzweideutig hervorgeht, daß die Lage der französischen Truppen ernster ist, als es in den offiziellen Berichten bisher zugegeben wurde. Es heißt u. a.: „Der Vorstoß der irregulären Banden Abd el Krims, die unsere Truppen an drei Stellen an Uergha angegriffen hatten, ist jetzt zum Stehen gebracht worden. Der Feldzugsplan des Feindes ging dahin, durch einzelne Banden die französischen Truppen aufzuhalten und nötigenfalls auch einige Stellungen aufzugeben, während der große Teil der regulären Truppen Abd el Krims die französischen Stellungen von verschiedenen Seiten überrennen, einschließen, und durch Belagerung zur Waffenstreckung zwingen sollten. Die Kolonnen des Generals Colombat hatten ihren Vormarsch auf den Höhen von Bibane einstellen müssen, da sie sich einer wohlorganisierten, sehr gut bewaffneten Schützenkette Abd el Krims gegenübersahen.

Verschiedene feindliche Flugzeuge wurden ebenfalls wieder gesichtet. Die Schwierigkeiten, denen sich unsere Truppen gegenübersehen, erklären sich aus den großen kriegstechnischen Fortschritten, die die Rifmänner seit einem Jahre gemacht haben. So fahren sie vielfach unseren Soldaten gegenüber Artillerie auf, was sie gegenüber den Spaniern nie zu tun pflegten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Abd el Krim mit ganz ungewöhnlich großen Mitteln eine großzügige Offensive plant. Für den Augenblick ist Uergha nicht unmittelbar von den Rifmännern bedroht, doch werden in der Nähe von Quezzan große Truppenzusammenziehungen gemeldet, außerdem befürchtet man Flugzeugangriffe auf verschiedene unserer Stellungen."

Auch sämtliche anderen Blätter bringen spaltenlange Berichte vom marokkanischen Kriegsschauplatz. Die Urteile über den Kampf der Truppen Abd el Krims lauten immer achtungsvoller. Nach dem „Matin" verfügen die Harkas, mit denen die französischen Kolonien seit einiger Zeit im Kampfe stehen, über moderne Schnellfeuergewehre, 50 Kanonen, Tanks und eine Anzahl Flugzeuge. Das letzte Ziel Abd el Krims habe die Eisenbahnlinie Fez—Taza gebildet, die er durch einen plötzlichen Ueberfall zu besetzen hoffe. Der französische Gegenstoß sei noch nicht beendet, weil südlich und nördlich von Uergha noch zahlreiche französische Posten von den Rifleuten eingeschlossen seien. Die Lage gebe aber zu unmittelbarer Besorgnis keinen Anlaß. General Pétain verfügt jetzt über 45 000 Mann. Von englischer Seite wird gemeldet, daß Abd el Krim sämtliche Stämme innerhalb der spanischen Zone auffordere, ihm Rekruten zur Verfügung zu stellen.

Die Regierungsfrage in Preußen.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag abgelehnt.

Berlin, 9. Mai. Der preußische Landtag, der am Freitag mittags 1 Uhr zusammengetreten war, vertagte sich auf den Beschluß des Aeltestenrates bis nachmittags 5 Uhr, da die Fraktionen über ihre Haltung gegenüber dem Kabinett Braun noch nicht ganz im Klaren waren. Beim Wiederzusammentritt wurde der deutschnationale Mißtrauensantrag mit 222 Stimmen gegen 216 Stimmen abgelehnt. Es wurden im ganzen 438 Stimmen ohne eine einzige Stimmenthaltung abgegeben. Da das Haus nach der Abstimmung in die Tagesordnung eintrat, scheint sich Herr Braun vorläufig mit dieser Entscheidung zu begnügen. Ursprünglich hatte er die Absicht, die Vertrauensfrage zu stellen.

Berlin, 8. Mai. Zur Frage der Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen scheint, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger von zuständiger Stelle erfährt, nicht beabsichtigt zu sein, daß Ministerpräsident Braun zur Zeit von sich aus neue Vorschläge macht. Der Standpunkt des Ministerpräsidenten scheint vielmehr der zu sein, daß die Fraktionen selber die Initiative ergreifen und mit neuen Vorschlägen an ihn herantreten. Die Deutsche Volkspartei hat sich in ihrer Fraktionssitzung im Landtage dahin ausgesprochen, daß der Weg der Bildung eines Kabinetts der großen Volksgemeinschaft weiter zu verfolgen sei. Eine Neubildung der großen Koalition in Preußen komme für sie nicht in Frage. Es sei auch unrichtig, daß bei den Verhandlungen Marx als Ministerpräsident vorgeschlagen worden sei. Die Frage, ob die Deutsche Volkspartei mit einem Parlamentarier am Kabinett beteiligt werden solle oder mit einem Beamten, sei durchaus noch in der Schwebe.

Berlin, 9. Mai. (Drahtb.) Ueber das Ergebnis der Abstimmung im Preußischen Landtag für das Kabinett Braun teilt die „Zeit" mit, daß auf der Seite der Opposition die Deutschnationalen vollzählig waren. Bei der Wirtschaftlichen Vereinigung fehlten 2, bei der Deutschen Volkspartei 5, bei den Kommunisten 2 Abgeordnete. Auf der Seite der Weimarer Koalition fehlten 1 Sozialdemokrat, der infolge Erkrankung vor der Abstimmung den Saal verließ, sowie die beiden Zentrumsabgeordneten v. Papen und Baumann, die ärztlich entschuldigt fehlten. Während einer von den fünf fehlenden Abgeordneten der Deutschen Volksp. sich wegen einer Familienangelegenheit entschuldigt hatte, hängt das Fehlen der vier anderen Abgeordneten, wie das genannte Blatt vernimmt, mit der gestern geschaffenen politischen Situation zusammen. Da die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft bereits sehr weit gediehen war, glaubten sich unter diesen Umständen die vier Abgeordneten durch Stimmenthaltung verpflichtet. Wie das Blatt betont, handelt es sich hierbei nur um eine taktische Haltung. Die volksparteiliche Fraktion besteht ferner auf ihrer bisherigen Haltung, wonach eine Regierungsbildung mit Einschluß der Deutschnationalen angestrebt werden müsse.

Berlin, 8. Mai. (Drahtb.) Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat sich die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktionssitzung dahin ausgesprochen, daß der Weg zur Bildung eines Kabinetts der großen Volksgemeinschaft weiter zu verfolgen sei. Die Neubildung der Großen Koalition in Preußen komme für sie wenigstens nicht in Frage.

Für Sonnabend vormittag haben die einzelnen Fraktionen vor der Plenarsitzung weitere Sitzungen anberaumt.

Das deutsch-französische Kaliabkommen unterzeichnet.

Soeben ist in Paris ein für die Wirtschaftslage in Deutschland und Frankreich außerordentlich wichtiges Abkommen, nämlich das deutsch-französische Kaliabkommen unterzeichnet worden. Vom Reichskabinett und vom Kalisyndikat haben unter Führung von Geheimrat Kuttner zehn deutsche Herren diese Verhandlungen geführt. Seitens Frankreich leitete die Verhandlungen besonders Generalsekretär vom Landwirtschaftsministerium. Die Genehmigung der beiderseitigen Regierungen zu diesem Abkommen ist nicht mehr erforderlich. Es ist besonders gewertet worden, daß französischerseits das Abkommen nicht nur von der Schwerindustrie, sondern zugleich von den Kalibergwerken Elsaß-Lothringens unterzeichnet wurde, wodurch der Vertrag eine viel breitere Basis erhielt.

Wahrscheinlich herrscht bei Deutschen nur, bei aber noch Abschluß der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen weitere ähnliche Verträge abgeschlossen. Jedenfalls muß das heute zustande gekommene deutsch-französische Kaliabkommen als ein günstiges Vorzeichen für den Fortgang der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen angesehen werden. Die Verhandlungen haben vier Tage gedauert. Sie drehten sich hauptsächlich darum, nicht eine Wertquote für die Kaliverteilung beiderseits zu vereinbaren, sondern um Vereinbarungen in den einzelnen Ländern. Die bisherigen Beziehungen zwischen der deutschen und elsaß-lothringischen Kaliindustrie beschränken sich eigentlich nur auf wenige Länder, vornehmlich Amerika und Schweden. In langwierigen Verhandlungen, die übrigens bereits in verbindlichster Form geführt wurden, ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß es im Interesse der Produktion wie der Konsumtion, vornehmlich also der Landwirtschaft, wäre, das Abkommen möglichst weit auszudehnen.

Die Aufwertungsfrage im Reichstag.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 9. Mai. Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit der so viel und heiß umstrittenen Aufwertungsfrage. Die bürgerlichen Parteien glaubten, einstweilen von großen Reden Abstand nehmen zu müssen, indem sie der Auffassung sind, daß die gründliche Erörterung und Prüfung der Angelegenheit den Beratungen des Ausschusses vorbehalten bleiben müsse. In der heutigen Aussprache beschränkten sie sich daher auf die Aufstellung von allgemeinen Grundsätzen und Richtlinien, die für den Ausschuß Geltung haben sollten. Es wurde vor allem eine gerechte Aufwertung gefordert, wobei insbesondere soziale, ethische und rechtliche Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten hätten. Im Gegensatz zu den knappen Erörterungen der bürgerlichen Parteien hielten es die Sozialdemokraten und Kommunisten für angebracht, auch bei dieser Gelegenheit stundenlange Agitationsreden zu halten und wirtschaftlich ganz unerfüllbare Forderungen zu erheben. — Erst in vorgerückter Stunde wurde die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Hannover huldigt dem deutschen Reichspräsidenten.

Unter riesiger Beteiligung der Bevölkerung Hannovers wurde Generalfeldmarschall von Hindenburg am Donnerstagabend eine Kundgebung dargebracht, wie man sie hier seit 1914 nicht gesehen hat. In den Straßen standen die Menschen in dichten Reihen. Die Seelhorststraße, in der die Villa Hindenburgs liegt, war von einem starken Polizeiaufgebot abgesperrt. An dem Fackelzug beteiligten sich etwa zwanzigtausend Personen aus allen Schichten des Volkes. Die Spitzen des Zuges bildeten die Studentenschaften der beiden hannoverschen Hochschulen. Ihnen folgten die Schützenbünde, Militär-, Regiments-, Offizier- und Marine-Vereine mit ihren Fahnen. Daran schlossen sich die Innungen und Berufsverbände, Gesangvereine, die Bürgervereine. In den letzten Gruppen marschierten die Stahlhelmverbände aus Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Hameln, Celle, Braden und anderen Orten der Umgegend Hannovers. Ferner der Jungdeutsche Orden, die Bismarckjugend, die Deutschnationale Volkspartei und viele andere vaterländische Verbände.

Reichspräsident von Hindenburg erschien Punkt 9 Uhr in Zivil mit hohem Hut auf dem Balkon seines Hauses, begleitet von seinem Sohn, Major von Hindenburg, und dessen Familie. Der Feldmarschall grüßte und dankte unablässig den vorbeimarschierenden Gruppen.

Die hannoverschen Schützenvereine ließen dem Ehrenbürger der Stadt eine Serenade zum Andenken an diesen Tag überreichen. Obwohl die Kommunisten eine Gegendemonstration veranstalteten, ist es nirgends zu Zusammenstößen gekommen.

Der Reichspräsident hat den Zug mit großer Freude und Sichtbarkeit verfolgt; er hat wiederholt aus und hat den Wunsch nach den engen Fenstertreppe bei ungeregelter Unterhaltung verbracht.

Der Sächsische Barmatsuntersuchungsausschuß.

Am Freitag vormittag setzte der Barmatsausschuß des Sächsischen Landtages die Zeugenvernehmung fort. Zunächst wurde Ministerialdirektor Dr. Kilian und Oberregierungsrat Dr. Hänefeld vom Sächsischen Wirtschaftsministerium über die Umstände vernommen, unter denen durch Vermittlung des Wirtschaftsministers Schwarz Gelder für gewisse der Sächsischen Industrie und den Barmats zur Verfügung gestellt worden sollten. Ministerialdirektor Dr. Kilian sagte u. a. aus, daß es ihm allerdings erschienen sei, daß Barmat die Unterstützer einzelnen und bestimmt habe. Er habe auch Schwierigkeit nach Möglichkeit der Schwierigkeiten mit anderen Regierungsstellen über Barmat gehabt, der